

deutlich stärker geworden. Dabei spielt natürlich die Vorstellung von einer islamischen Solidarität mit den sprachlich oder ethnisch teilweise verwandten islamischen Völkern Zentralasiens eine wichtige Rolle. Allerdings ist eine Mehrheit dieser Staaten eher vom sunnitischen als vom schiitischen Islam geprägt. Dadurch ist der Einfluß des Irans auf diese Länder geringer als beispielsweise der der Türkei.

Gerade im Rahmen der Politik gegenüber den Nachbarstaaten wird jedoch auch wieder deutlich, daß eines der grundsätzlichen Probleme der schiitischen Glaubensgemeinschaft ihre *Minderheitenexistenz innerhalb des Weltislams* darstellt. Schiiten machen lediglich 8–10 Prozent der gesamten Weltmuslimbevölkerung aus. In allen islamischen Staaten, vom Iran abgesehen, bilden sie eine religiöse Minderheit oder werden doch wie eine solche behandelt. Häufig bestehen die untersten Schichten islamischer Gesellschaften aus Schiiten. Die Vorurteile der Sunniten gegenüber den Schiiten reichen von der als typisch schiitisch angesehenen Unzuverlässigkeit und Unehrllichkeit über sittliche Verkommenheit bis hin zur Feststellung, daß Schiiten gar keine Muslime seien. Diese sunnitischen Einschätzungen finden sich besonders häufig in Staaten mit einer größeren schiitischen Bevölkerungsgruppe.

Die Tatsache, daß der Iran im Konzert der islamischen Nationen immer eine Sonderrolle gespielt hat, bewog eine Reihe von sunnitischen wie schiitischen Religionsgelehrten, nach Wegen für eine Annäherung zwischen den beiden wichtigsten Konfessionen des Islams zu suchen. Solche Versuche wurden vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unternommen, wobei die Entstehung des Staates Israel eine gewisse Rolle spielte. Für viele Sunniten wie Schiiten bedeutete diese politische Entwicklung einen weiteren Beleg für die Schwäche der islamischen Welt. Ihre Zersplitterung in zwei große Konfessionen wurde als eine der Ursachen für diese Schwäche angesehen. Während das Schahregime sich um eine Zusammenarbeit mit dem zionistischen Staat bemühte, stellte sich der schiitische Klerus auf die arabische

Seite und machte aus seiner anti-israelischen Haltung kein Hehl.

Indem aber der iranische Revolutionsführer Khomeini seine Vorstellungen von einem islamischen Staat für allgemein verbindlich erklärte, griff er die in Fragen der islamischen Staatstheorie moderaten Positionen von sunnitischen Autoritäten an, die nun an einer Zusammenarbeit nicht weiter interessiert sein konnten. So erklärte schon im Jahr 1982 der damalige Rektor der Azhar-Universität in Kairo, einer der wichtigsten sunnitischen Hochschulen, daß von ihm keine Initiative zur Aufnahme eines Dialogs mit Vertretern des schiitischen Islams ausgehen werde. Inzwischen hat bekanntlich eine Annäherung vieler arabischer Staaten und politischer Vertreter des palästinensischen Volkes an den Staat Israel stattgefunden. Damit ist neben dem ohnehin nur gering entwickelten theologischen Interesse an einer Zusammenarbeit zwischen den beiden islamischen Konfessionen auch eine zuvor gegebene politische Motivation weitgehend weggefallen, die iranischen Störmanöver des nahöstlichen Friedensprozesses werden von der sunnitischen Seite als Einmischung in innere Angelegenheiten abgelehnt. Auch hier findet sich der Iran und seine schiitische Führung wieder in einer Außenseiterrolle.

Aus dieser Minderheitssituation ist vieles zu erklären, was an Überreaktionen in der iranischen Politik immer wieder bekannt wird. Hier sei nur noch einmal auf den Fall Rushdie hingewiesen. Das Hauptproblem der schiitischen Welt und damit auch des Iran aber ist die Tatsache, daß mit dem Tod des Ayatollah Kho'i eine höchste Autorität in allen Rechts- und Religionsfragen fehlt. Die Nachfolgekämpfe unter den Rechtsgelehrten sind im vollen Gange. Es werden allerdings noch etliche Jahre vergehen, bis sich wieder eine Persönlichkeit herausstellt, die über die Autorität verfügt, die einem Mardja' al-Taqlid eignet. Bis dahin muß weiter mit einem hohen Maß an politischer wie religiöser Unsicherheit im Iran gerechnet werden.

Peter Heine

Kurzinformationen

Das kirchliche Leben im Spiegel der neuesten EKD-Statistik

Ende November 1993 hat das Statistikerferat der EKD die Zahlen über Äußerungen des kirchlichen Lebens in den EKD-Gliedkirchen in den Jahren 1990 und 1991 vorgelegt. Für 1991 enthält die Statistik auch Angaben über die östlichen Gliedkirchen, die zum

Teil allerdings noch auf Schätzungen beruhen. Der Anteil der evangelischen Kirchenmitglieder an der deutschen Bevölkerung belief sich am 31. Dezember 1991 auf 36,4 Prozent, in den westdeutschen Gliedkirchen für sich genommen auf 38,9 Prozent (zum Vergleich: 1970 waren es 47 und 1980 dann 42,3 Prozent). Knapp 321 000 Personen traten 1991 aus den Gliedkirchen der EKD aus, davon entfielen 237 000 Aus-

tritte auf die westlichen und 82 000 auf die östlichen Gliedkirchen. Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen wurden 1991 in den westlichen Gliedkirchen 43 665, in den östlichen 23 980 registriert. In den westdeutschen Gliedkirchen wurden 1991 insgesamt 282 977 Taufen gespendet, davon 15 173 Erwachsenentaufen (Personen über vierzehn Jahre). In den östlichen Gliedkirchen waren es 31 424 Kinder-

und 7741 Erwachsenentaufen. In der sächsischen Landeskirche kam z. B. auf drei Kindertaufen eine Erwachsenentaufe. In den westlichen Gliedkirchen wurden 1991 knapp 220 000 Jugendliche konfirmiert, praktisch alle evangelischen Jugendlichen im Konfirmandenalter; in den östlichen Gliedkirchen wurden etwas über 32 000 Konfirmationen gezählt. *Evangelische Trauungen* wurden in den östlichen Gliedkirchen 4575 registriert, in den westlichen 97 481. 65 Prozent der Trauungen in den westlichen Gliedkirchen entfielen auf evangelische, 29 Prozent auf evangelisch-katholische Paare. Zahlen zum *Gottesdienstbesuch* enthält die Statistik nur für die westlichen Gliedkirchen: Demnach besuchten 1991 im Durchschnitt der drei „Zählsonntage“ 4,8 Prozent der Kirchenmitglieder den Gottesdienst, wobei die Zahlen für die einzelnen Gliedkirchen zwischen 1,9 Prozent in Berlin-Brandenburg (West) und 8 Prozent in der Reformierten Kirche (Nordwestdeutschland und Bayern) liegen. Am Heiligen Abend besuchten 1991 im Schnitt der westlichen Gliedkirchen 28,7 Prozent der Kirchenmitglieder den Gottesdienst (in Westberlin 17,9 und in Schaumburg-Lippe 47,6 Prozent).

Pastorales Forum der Erzdiözese München-Freising sprach sich für „*Viri probati*“ aus

Die 127 Delegierten des Pastoralen Forums der Erzdiözese München-Freising verabschiedeten auf ihrer dritten Sitzung, die vom 14. bis 16. November 1993 in Freising stattfand, vier von insgesamt acht Beschlussvorlagen (Wortlaut in: Münchner Kirchenzeitung, 12. 11. 93). Die Vorlagen behandeln die Themen „Spiritualität“, „Gemeindeforum und Runder Tisch“, „Gemeindeleitung“ sowie „Schaffung und Verstärkung lebendiger Zellen“. Zum Thema „Gemeindeleitung“ wird die Münchener Diözesanleitung u. a. aufgefordert, sich beim Papst für die Zulassung von sogenannten in Familie und Beruf bewährten verheirateten Männern zum Priestertum („*Viri probati*“) und von

Frauen zum Ständigen Diakonat einzusetzen. „Ernsthaft“ überprüft werden sollten die Zugangsbedingungen zum Priesteramt wegen der „bedrängenden Notsituation“ in den Gemeinden und „aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Ständigen Diakonen und im Hinblick auf die Tradition der Ostkirchen“. Im Fall des Frauendiakonats solle man ein gemeinsames Votum der Deutschen Bischofskonferenz anstreben. Zu beiden Voten entschloß sich das Forum gegen die erklärten Bedenken des Ortsbischofs, Kardinal *Friedrich Wetter*. Die Diözesanleitung wird aufgefordert, als kurzfristig wirksame Maßnahmen Ständige Diakone, Pastoral- und Gemeindeformenten „und ggf. andere geeignete Personen“ mit der Wahrnehmung der Seelsorgeaufgaben nach Can. 517, §2 zu beauftragen. Außerdem soll dafür Sorge getragen werden, daß jede Seelsorgestelle über Ansprechpartner verfügt, sofern kein Priester mehr am Ort ist, und daß Priester weitgehend von Verwaltungsaufgaben entbunden werden.

Synodenbeschlüsse der bayerischen und hannoverschen Landeskirchen zur Homosexualität

Gegen das Votum von Landesbischof *Horst Hirschler* und mit 44 zu 43 Stimmen hat Ende November 1993 die Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover einen Beschluß zum *Umgang mit homosexuellen Pfarrern sowie anderen Mitarbeitern* verabschiedet. In diesem werden nicht nur Gemeinden und Kirchenleitung aufgefordert, jeder Diskriminierung von Homosexuellen entgegenzutreten und ihnen einen „selbstverständlichen Platz“ im Leben der Kirche einzuräumen. Bischofsrat und Landeskirchenamt werden darüber hinaus gebeten, „Pastorinnen und Pastoren und ebenso andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft leben, Arbeitsmöglichkeiten in der Landeskirche Hannover zu eröffnen“. Weiter werden Gemeinden, Kirchenkreise und Bildungseinrichtungen auch gebe-

ten, „sich in den nächsten zwei Jahren mit den Grundfragen der Sexualethik, insbesondere mit der Situation homosexuell geprägter Menschen, zu befassen“. Etwa zur gleichen Zeit hat die Synode der bayerischen evangelischen Landeskirche in Fürth eine „Orientierungshilfe“ zu Fragen der Homosexualität mit nur drei Gegenstimmen verabschiedet. Zunächst wird in der Stellungnahme bekräftigt, in der Schöpfung sei die heterosexuelle Beziehung als Grundform angelegt: „Die Auffassung, daß es in die Wahl des einzelnen gestellt ist, ob er homosexuelle Praxis und Partnerschaften vollzieht, widerspricht dem biblischen Gesamtzeugnis.“ Ausdrücklich wird aber die Notwendigkeit der seelsorglichen Begleitung Homosexueller betont. Wo eine Veränderung homosexueller Präzungen unmöglich erscheine, müsse Seelsorge zu einem verantwortlichen Umgang mit ihr ermutigen. Das könne auch die Bejahung und die Begleitung einer „verantwortlich gelebten Partnerschaft“ einschließen. Dabei hatte sich die Synode *gegen Segenshandlungen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften* ausgesprochen. Eigens benannt werden in der Orientierungshilfe unterschiedliche theologische Auffassungen zum Thema Homosexualität. Zur Beschäftigung Homosexueller im kirchlichen Dienst macht die Orientierungshilfe der bayerischen Landeskirche keine Aussagen.

Die Schweizer Bischöfe ermutigen zu ökumenischem Denken und Handeln

Thematischer Schwerpunkt der Winterversammlung der Schweizer Bischofskonferenz vom 29. November bis 1. Dezember 1993 war die Ausarbeitung einer Lesehilfe zum neuen ökumenischen Direktorium (vgl. HK, Juli 1993, 332 f.); damit sollte der reichhaltige Text unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten zusammengefaßt werden. Als neu und wichtig in diesem neuen Direktorium bezeichnet die Schweizer Lesehilfe die Grundlegung des katholischen ökumenischen

Handelns in der Communio-Ekklesio-
logie. So ist Ökumene „nicht etwa das
Auffüllen der Gräben zwischen ver-
feindeten Lagern, sondern das *Wieder-
finden der tieferen Gemeinschaft*, der
communio – welche alle Kirchen und
kirchlichen Gemeinschaften *von innen
heraus* in der einen Kirche Christi ver-
bindet“. Nach der Darlegung der welt-
weiten Communio als der entscheiden-
den Perspektive des Direktoriums regt
die Lesehilfe ökumenisches Handeln
in der Schweiz an. Überschieden sind
die einzelnen Handlungsfelder mit:
Die Frage der Taufe, Ökumenische
Gottesdienste, Eucharistiefeier, Be-
kenntnisverschiedene Ehen, Öku-
menische Bildung, Ökumenischer Dia-
log, Ökumenische Zusammenarbeit.
In diesem praktischen Teil erinnert die
Lesehilfe an schweizerische Besonder-
heiten. Fast wie eine Relecture der
Nr.115 liest sich die Aussage: Die
Ökumene-Kommission der Bischofs-
konferenz habe vor zwei Jahren er-
klärt, es könne gute Gründe geben, aus
besonderem Anlaß einen *ökumeni-
schen Gottesdienst am Sonntag* anzu-
setzen, wobei er in der Regel nicht auf
den üblichen Zeitpunkt des sonntäg-
lichen Hauptgottesdienstes einer Ge-
meinde angesetzt werden sollte (vgl.
HK, März 1992, 106f.). Andererseits
geht sie mit dem Direktorium davon
aus, daß es keinen Dialog ohne Be-
kenntnis geben kann, um dann aber zu
konkretisieren: Im Dialog mit den
evangelisch-reformierten Kirchen in

der Schweiz sei zu beachten, daß es „in
diesen Kirchen in den Kirchenverfas-
sungen und in der Liturgie zwar durch-
aus Bekenntnisse gibt, aber in der
Regel niemand auf ein bestimmtes
Bekenntnis verpflichtet wird“.

Stellungnahme des Kirch- lichen Dienstes in der Arbeits- welt zur EKD-Wirtschafts- denkschrift

Eine Fortschreibung der vor knapp
zwei Jahren veröffentlichten EKD-
Denkschrift „Gemeinwohl und Eigen-
nutz, wirtschaftliches Handeln und
Verantwortung für die Zukunft“ (vgl.
HK, November 1991, S.500ff.) un-
ternimmt eine Ende November 1993 ver-
öffentlichte Stellungnahme des Kirch-
lichen Dienstes in der Arbeitswelt
(KDA). Die Denkschrift habe, so die
Stellungnahme, gleichzeitig mit der
Würdigung der über 40 Jahre bewähr-
ten Sozialen Marktwirtschaft in
Deutschland auf weiterbestehende,
„zutiefst beunruhigende Fragen“ ver-
wiesen: vor allem in ökologischer und
sozialer Hinsicht, aber auch bezüglich
des internationalen Ausgleichs, der
Friedensförderung und der Demokra-
tieverträglichkeit. Die Spannung zwi-
schen relativer Bewährung und Ver-
besserungsbedürftigkeit, die in der
Denkschrift kaum aufgelöst werde,
steht im Mittelpunkt der Stellung-
nahme. Die aktuellen Umbruchsitua-

tionen, so die Kernthese, zeigten einen
sehr bedeutsamen prinzipiellen
Aspekt der Marktwirtschaft auf: „Es
existieren keine Märkte ohne Regulie-
rung. Märkte ohne Regulierung schaf-
fen sich selbst ab; der Markt wird dann
ersetzt durch konzentrierte Wirt-
schaftsmacht.“ Die „reine“ Ideologie
des freien Wettbewerbs werde somit
ad absurdum geführt. Märkte bedürf-
ten nicht nur einzelner Korrekturmaß-
nahmen, sondern verlangten den *poli-
tischen Willen zur Gestaltung*. Daher
müßten wirtschaftsethische Perspekti-
ven entwickelt werden unter der
Leitfrage, welche politisch-wirtschaft-
lichen, sozialen und ethischen Institu-
tionen die marktwirtschaftliche Orga-
nisation bestimmen. Diese Frage müs-
se mit Blick auf soziale Gerechtigkeit,
Bewahrung der Schöpfung sowie im
Blick auf die Voraussetzungen des
Friedens und des weltweiten Aus-
gleichs formuliert werden. Unter die-
sen Prämissen wendet sich die Stel-
lungnahme verschiedenen konkreten
Handlungsfeldern zu: der Arbeitswelt;
den Perspektiven der Frauenarbeit,
besonders auch der Fragestellung der
Arbeitszeitpolitik und der Vereinbar-
keit von Familie und Beruf; der
Arbeitslosigkeit; der Ökologie; den
wirtschaftlichen Problemen in den
neuen Bundesländern, und den Anfor-
derungen an eine Struktur- und Regio-
nalpolitik wie an eine Beschäftigungs-
und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen
der europäischen Vereinigung.

Bücher

TIMOTHY GARTON ASH, Im Na-
men Europas. Deutschland und der
geteilte Kontinent. Carl Hanser Ver-
lag, München-Wien 1993. 856 S.
68,-DM.

Der Blick von außen hat manches für
sich. Er kann – entsprechende Kom-
petenz und methodische Sorgfalt
natürlich vorausgesetzt – Sachverhalte
und Entwicklungen oft unbefangener

wahrnehmen, als es aus der Insider-
und Betroffenenperspektive möglich
ist. Timothy Garton Ash stellt als en-
glisher, mit der Situation in Osteuropa
vertrauter Historiker in seinem neuen
Buch die deutsche Ostpolitik der sech-
ziger, siebziger und achtziger Jahre bis
zur „Wende“ dar und hält dabei den
Akteuren dieser Politik auf eine faire
und differenzierte, aber doch auch er-
frischend deutliche Weise den Spiegel

vor. Ash behandelt die Ostpolitik in
ihren drei vielfältig miteinander ver-
zahnten Aktionsfeldern: den Bezie-
hungen der Bundesrepublik zur So-
wjetunion als der Führungsmacht des
damaligen Ostblocks, dem deutsch-
deutschen Verhältnis zwischen Bun-
desrepublik und DDR und den Bezie-
hungen der Bundesrepublik zu den
übrigen kommunistisch beherrschten
Staaten Mittel- und Osteuropas, wobei